

MEDIENMITTEILUNG

VLG äussert sich zur schwierigen Lage der Kantonsfinanzen

Kein Sparprogramm auf dem Buckel der Gemeinden!

Der Verband Luzerner Gemeinden hat mit grosser Besorgnis von den Finanzproblemen des Kantons Kenntnis genommen. Er fordert, dass das angekündigte Sparprogramm des Regierungsrates nicht auf dem Buckel der Gemeinden ausgetragen wird. Diese sind durch die Abwälzung neuer Aufgaben sowie Mindereinnahmen der Steuergesetzrevision selbst am Limit.

pd. Der Regierungsrat ist offenbar daran, ein Sparprogramm zusammenzustellen, da dem Kanton offenbar ca. CHF 80 Mio. für das Budget 2012 fehlen. Für den VLG kommt eine Abwälzung dieser Sparübung auf die Gemeinden nicht in Frage. Er fordert daher eine kostenneutrale Umsetzung für die Gemeinden. Viele Gemeinden sind momentan selber in einer schwierigen Lage und müssen Defizite budgetieren. In einigen Kommunen muss sogar der Steuerfuss erhöht werden. Es kann nicht angehen, dass der Kanton im Rahmen seines Sparprogrammes zusätzliche Lasten auf die Gemeinden abschiebt oder bisherige Leistungen streicht. In diesem Zusammenhang unterstützt der Verband Luzerner Gemeinden die kürzlich erfolgte Eingabe einer Arbeitsgruppe Gemeindefinanzen, welche sich aus einigen Zentrumsgemeinden zusammensetzt.

Die Zitrone ist ausgepresst

In den letzten Jahren wurden die Gemeinden mit verschiedenen neuen Aufgaben belastet, ohne dass sie bei der Erfüllung mitreden können. So müssen sie neu die Kosten für die Pflegefinanzierung berappen und ab 2013 auch die Kosten des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechtes. Allein diese beiden Projekte verursachen massive Mehrkosten, welche ausschliesslich bei den Gemeinden anfallen. Man geht von zusätzlichen Kosten für beide Projekte von CHF 250-300.-- pro Einwohner aus. Die gleichzeitig eintretenden Mindereinnahmen aufgrund der Steuergesetzrevision verschärfen die Situation noch. Der VLG akzeptiert daher vor derhand keine Lastenverschiebungen auf den Gemeinden mehr, bis der Wirkungsbericht der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden (Finanzreform 08) vorliegt. Zudem verlangt der Verband eine weitere Reduktion des Bildungskostenanteils um 5 % per 2014. Heute bezahlen die Gemeinden 77.5%, ab 2012 noch 75% der Gesamtkosten der Luzerner Volksschulen.

Veröffentlicht: Freitag, 23. September 2011

Rückfragen:

- Hans Luternauer, Präsident (N: 079 373 34 28)
- Herbert Lustenberger, Leiter Bereich Finanzen (G: 041 444 02 54)
- Ludwig Peyer, Geschäftsführer (G: 041 368 58 10; N: 079 344 75 56)